

Anke Caspar-Jürgens, Vorsitzende der Organisation „Lernen ist Leben!“ – Bundesverband Natürlich Lernen! e.V., betreut die Seiten „Anders lernen“.



Welche Definition von Bildung prägt die Reformbemühungen der deutschen Kultusminister? Einen eigenen Entwurf, eine Strategie für die Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland gebe es nicht, beklagten gemeinsam die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Ingrid Demmer, und andere Pädagogik-Experten anlässlich des Internationalen Treffens der Lehrgewerkschaften in Berlin.

Der Sonderbeauftragte der UN-Menschenrechtskonvention, Vernor Muñoz, wundert sich, dass es hierzulande ausgerechnet der Wirtschaft überlassen bleibt, die rat- und orientierungslosen Kultuspolitiker mit wegweisende Studien zu versorgen. Was hat die Wirtschaft zu bieten? Die aktuelle Studie der Robert-Bosch-Stiftung gibt Auskunft (www.gruene-bag.de/cms/default/dokbin/144/144911.robertboschstudie_demografie_als_chance.pdf): Ihr umfassendes Reformmodell verspricht dem Staat Einsparungen, wenn es in der Zeit von 2005 bis 2020 um die 15 % weniger Schüler geben wird. Diese Gelder ließen sich für eine umfassende Schulreform mit folgendem Ziel verwenden: „... die Bildungsqualität auf ein international konkurrenzfähiges Niveau zu heben. ... Denn Unternehmen wählen ihre künftigen Mitarbeiter aus dem ‚Pool‘ der Erwerbsbevölkerung aus. Wenn deren Leistungsfähigkeit wegen eines qualitativ unzureichenden Bildungssystems im internationalen Vergleich zurückbleibt, mindert das die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und schwächt den Standort Deutschland.“ Ergänzend steht im Vorwort: „... nicht nur ökonomische Notwendigkeiten erfordern es, das Humankapital der Wissensgesellschaft intensiver zu nutzen und besser auszubilden. Der Staat ist gut beraten, seine Kinder als sein wertvollstes Gut optimal auf die Zukunft vorzubereiten. ... Was seit langem als Kapital Deutschlands galt – gut ausgebildete Arbeiter und Ingenieure von hoher Produktivität sowie die Fähigkeit zur Innovation in der Wissenschaft und in den Unternehmen – muss sich im internationalen Wettbewerb ständig neu erweisen.“ (Dr. Ingrid Hamm, Robert Bosch Stiftung)

Hier wird der Staat aufgefordert, sein wertvollstes Gut, „seine“ Kinder, nicht zu vernachlässigen, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht gemindert wird. – Nur, worum geht es hier? Dass der Mensch für den Staat bzw. für „die Wirtschaft“ geformt wird, dass „Humankapital“ sich passgerecht einfügt und funktioniert? Haben sich die Menschen nicht eigentlich einen Staat geschaffen, um ihr friedliches Zusammenleben zu organisieren? Und eine Wirtschaft und ein Bildungssystem, um die Bedürfnisse der Bürger hinreichend zu befriedigen? Das letztere ist die Botschaft des Menschenrechtsbeauftragten Muñoz: Bildung wurde als Menschenrecht anerkannt und so auch vom deutschen Staat ratifiziert, um jedem Menschen das Recht auf ein Leben in Würde zu sichern. Selbst der Mensch, der nicht lernen will, hat dieses Recht. Muñoz' Aufgabe im März vergangenen Jahres war nicht, den Bildungsstand deutscher Schüler zu überprüfen, sondern festzustellen, ob Bildung in Deutschland den Bezugsrahmen bietet, der in allen Bereichen die Entwicklung der Kinder gewährleistet. Blieb das deutsche Schulsystem schon bei der Entwicklung kognitiver Kompetenzen weit zurück, so wurde ihm jetzt die unzureichende Orientierung an den Menschenrechten attestiert.

Muñoz' Aussage, noch nie habe es so viele Gebildete gegeben – und noch nie wurde auf der Welt soviel getötet, ließ mir den Atem stocken. Mit dem Zugang zu Schule sei noch nicht viel erreicht, wozu nütze die Bildung? Eine Analyse zum Sinn von Bildung sei ein grundsätzliches Thema der Menschenrechte, das nicht nur in Konfliktländern, sondern auch in Deutschland zu diskutieren sei. Wir müssten unsere Verantwortung dafür übernehmen, also feststellen, ob wir nach internationalem Standard das Menschenrecht auf Bildung in diesem lebensförderndem Sinn verwirklichen würden.

Die Auseinandersetzung zur Frage nach dem Sinn von Bildung führen wir im November dieses Jahres auf der kulturkreativen Konferenz mit dem Titel: „Nachhaltigkeit nachhaltig lernen“. Sie sind herzlich dazu eingeladen. Infos unter info@bvnl.de.

www.bvnl.de

Gespenst Parallelgesellschaft

Bildung braucht pluralistische Freiheit.
Von Michael P. Donnelly.

In der Debatte um Bildungsfreiheit malen ängstliche Kultusbehörden immer wieder angeblich drohende Parallelgesellschaften an die Wand. Auf dem 2. Internationalen Kolloquium für Home Education auf Burg Rothenfels setzte US-Anwalt Michael P. Donnelly dagegen: Lebendige Gemeinschaften brauchen Vielfalt – Pluralismus.

In den USA lernen 2 Millionen junge Menschen zu Hause, vielleicht auch einige mehr. Homeschooling wird dort von den Schulbehörden toleriert, weil es den Homeschoolern gelungen ist, entsprechende gesetzliche Regelungen und Gerichtsentscheidungen zu erwirken. Viele amerikanische Homeschooler sind sogar der Meinung, dass sie sich auf Verfassungsrechte des Landes und der Einzelstaaten berufen können, so dass gesetzliche Regelungen im Grund gar nicht nötig wären.

Der Weg zur Legalisierung dieser Praxis war allerdings lang. Dass Homeschooling-Gesetze verabschiedet wurden, die es Eltern heute erlauben, die Form der Bildung für ihre Kinder selbst bestimmen zu können, ist der mutigen Entschlossenheit weniger Familien zu verdanken. Sie begannen einfach mit Homeschooling – trotz seinerzeitiger Strafverfolgung und Repressalien, wie wir es derzeit in Deutschland mit Bestürzung beobachten.

Im frühen Amerika war der häusliche Unterricht ähnlich wie in Deutschland weit verbreitet. In den 40er- und 50er-Jahren des 19. Jahrhunderts gründete man in den Staaten die ersten Volksschulen. 1852 wurde das erste Schulpflichtgesetz erlassen. Ab 1927 gab es dann keinen Bundesstaat mehr ohne ein Schulpflichtgesetz.

In den 1960er- und 70er-Jahren kam das Homeschooling auf, praktiziert von einzelnen Eltern, die sich den institutionellen Zwängen der öffentlichen Schulen nicht mehr unterwerfen wollten. Es waren so wenige, dass sie zunächst der Aufmerksamkeit der Behörden gänzlich entgingen. Offenbar kümmern sich amerika-

nische Behörden deutlich weniger um Kleinigkeiten als deutsche Behörden. Allerdings wurden in den frühen Homeschooling-Zeiten auch in einigen Bundesstaaten – wie jetzt in Deutschland auch – Familien gerichtlich zu Geldstrafen verurteilt, Kinder den Familien weggenommen, einige Väter sogar ins Gefängnis gesteckt, ja, manche Familien mussten bestimmte Staaten verlassen, um der Verfolgung zu entgehen. Nahezu alle Verantwortlichen in den öffentlichen Schulen waren der Homeschool-Bewegung gegenüber feindlich eingestellt. In den USA – wie vermutlich überall – glaubt das pädagogische Establishment am besten zu wissen, was für die Kinder das Beste sei. Diese Einstellung dominiert in den USA immer noch, und dagegen haben wir in verschiedenen Staaten nach wie vor zu kämpfen. In einigen US-Bundesstaaten haben die Eltern bereits die Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Bildung, aber noch nicht in allen.

Samuel Adams, einer der amerikanischen Gründerväter, sagte einmal Folgendes: „Es braucht keine Mehrheit, um seine Ideen durchzusetzen, sondern vielmehr eine unermüdliche, zornige Minderheit, die es darauf anlegt, in den Köpfen der Menschen Buschfeuer zu entzünden.“ Ich will Sie ermutigen: Entfachen Sie Ihr Buschfeuer in den Köpfen Ihrer Mitbürger und Ihrer politischen Vertreter! Bald wird Ihnen dann auch der Rest Ihres Landes Beachtung schenken. Eine Bewegung, die etwas in unserer Gesellschaft verändern will, hat die Aufgabe, die Einstellung von Menschen zu verändern. Das ist nicht einfach, und es erfordert viel Geduld, seine Ideen immer wieder zu erklären. Die Öffentlichkeit muss erfahren, was Homeschooling ist und warum es notwendig ist. Wir müssen die Botschaft so vermitteln, dass sie verstanden wird und gängige Vorbehalte berücksichtigt.

Die pluralistische Gesellschaft

Was haben nun Pluralismus und Homeschooling miteinander zu tun? Stellen wir uns zuerst die Frage: Was ist Pluralismus? Dieser Begriff wird in vielen Zusammenhängen verwendet, um zu beschreiben, dass man zu allen möglichen Dingen eine sehr unterschiedliche Einstellung haben kann. Es gibt einen politischen Pluralismus, einen pädagogischen, einen philosophischen und einen religiösen Pluralismus. Einige setzen den Begriff mit der Idee des „anything goes“ gleich. Man unterstellt dabei, dass es keine objektive Wahrheit gebe



und alle Ideen gleichwertig seien. Ein solcher Relativismus gefährdet jedoch die Verbindlichkeit fundamentaler menschlicher Grundrechte, die sich dann je nach persönlicher Einstellung beliebig verändern ließen. Ein relativistisch verstandener Pluralismus birgt die Gefahr, dass die jeweils Mächtigen die Anwendung von Gewalt damit legitimieren. Wir sollten uns darauf einigen, dass Menschenrechte unveräußerlich bzw. objektiv sind. Wenn wir uns auf diese objektive Gültigkeit berufen, haben wir festeren Boden unter unseren Füßen, als wenn wir darüber diskutieren müssen, ob meine Vorstellungen besser sind als deine. Das gilt auch für die Diskussion um die Praxis des Homeschooling.

Betrachten wir unter diesen Aspekten beispielsweise das grundlegende Erziehungsrecht der Eltern. Hier in Deutschland setzen die Behörden mit Polizeigewalt ihre Auffassung von Elternrecht durch. Selbstverständlich gebe es Elternrechte, sagen die Behörden, man könne sein Elternrecht ja ausüben, um die Bildungseinrichtung auszusuchen, die man für sein Kind für am besten geeignet hält – solange man eine der anerkannten Schulen wählt. Aus dem Blickwinkel der Elternrechte ist das selbstverständlich keine echte Wahlfreiheit.

Ich empfehle der deutschen Homeschooling-Bewegung, das Erfordernis des Pluralismus objektiv zu betrachten. Einfach gesagt, steht Pluralismus im politischen Kontext für die Vorstellung, dass in einem Gemeinwesen, das als Gesamtheit einen funktionierenden Organismus bildet, viele verschiedene Gruppen nebeneinander existieren und friedlich miteinander kooperieren können. Diese einfache Feststellung basiert auf zwei Grundlagen:

Erstens: Es existiert so etwas wie ein politisches Gemeinwesen. Das ist der Fall, wenn über genügend Vorstellungen, Systeme oder Attribute weitgehende Übereinstimmung innerhalb anerkannter Grenzen besteht. Ohne gemeinschaftliche Strukturen gibt es kein Gemeinwesen – sondern nur verschiedene Gruppen, die isoliert voneinander dasselbe Gebiet besiedeln.

Zweitens: Damit man von unterschiedlichen Gruppen sprechen kann, muss es etwas geben, das sie voneinander unterscheidet. Das können ethnische, kulturelle, religiöse oder philosophische Aspekte sein oder anderes. Viele dieser Merkmale mag man gemeinsam haben – und viele mögen sehr unterschiedlich sein.

Wie groß muss das Minimum an Übereinstimmung sein, damit ein pluralistisches, demokratisches Gemeinwesen überleben und gedeihen kann? Ich schlage wenigstens vier übereinstimmende Merkmale vor: eine gemeinsame Grenze, eine gemeinsame Sprache, ein gemeinsames Wirtschaftssystem und ein gemeinsames politisches Gesellschafts- und Rechtssystem, das den Willen des Volkes im Hinblick auf Gesetze, die gleichermaßen für alle gelten, widerspiegelt.

Die Zielvorstellung ist, dass in einer solchen Gesellschaft Menschen aus verschiedenen Gruppierungen miteinander leben und zum gemeinsamen Wohl aller arbeiten können. Im Idealfall leben und arbeiten alle Individuen friedlich im Rahmen eines Gemeinwesens zusammen, das die fundamentalen menschlichen Grundrechte respektiert und schützt, ohne dass irgendeine Gruppe wichtige Merkmale aufgeben muss. Diese Vielfalt kommt der Gesellschaft als Ganzer zugute, weil ihr dadurch neue Ideen und neue Handlungsmöglichkeiten zufließen.

Begünstigt Homeschooling Parallelgesellschaften?

Die Struktur einer Parallelgesellschaft steht in krassem Kontrast zur pluralistischen Gesellschaft. In diesem Fall lebt eine Gruppe von Menschen innerhalb einer anderen Gesellschaft (eben parallel zu ihr), ohne das Minimum an Übereinstimmung hinsichtlich gemeinsamer Merkmale zu erfüllen. Solche Gesellschaften wollen sich nicht integrieren, sondern sich im Gegenteil absondern. Eine derartige „Parallelgesellschaft“ schränkt ihren Kontakt mit der größeren drastisch ein und versucht, sich innerhalb eigener sozialer und rechtlicher Strukturen zu bewegen, im Extremfall sogar vom Erwerb der allgemeinen Sprache Abstand zu nehmen.

In Hinblick auf den Fortbestand der staatlichen Ordnung, die eine Regierung zu gewährleisten hat, bedeuten Parallelgesellschaften eine Gefahr, denn hier könnten Rechte, die von allen Bürgern der Gesellschaft in Anspruch genommen und eingefordert werden, im Namen irgendeiner anderen Philosophie, einer anderen Rechtsauffassung oder vielleicht auch einer anderen Religion außer Kraft gesetzt werden. In diesem Fall würden nicht alle Bürger denselben rechtlichen Schutz genießen, und das kann nicht zugelassen werden, weil

es die Aufgabe des Staates ist, eine allgemeingültige Anwendung von Gesetz und Recht zu gewährleisten.

Die deutsche Regierung wirft den Homeschoolern vor, Parallelgesellschaften zu errichten. Ist das, bei Licht betrachtet, tatsächlich so? Wollen Homeschooler die gemeinsame Sprache aufgeben, sich außerhalb des geltenden Rechts, des Wirtschaftssystems und der gesellschaftlichen Institutionen stellen? Absolut nicht!

Parallelgesellschaften mögen in der Tat der Feind eines demokratischen Staats sein, aber dogmatische und erzwungene Konformität ist ganz sicher der Feind einer pluralistischen Gesellschaft.

Die Frage ist nicht, ob eine freie Gesellschaft entweder demokratisch oder pluralistisch sein kann bzw. sein muss – sie kann und sollte beides sein. Alle zivilisierten Nationen treten entschieden für beides ein: Demokratie und Pluralismus. Was wir in Deutschland im Bereich Bildung sehen, hat jedoch wenig mit Pluralismus zu tun, sondern vielmehr mit einem vom Staat kontrollierten Zwangssystem von Bildung, das Standardisierung anstelle von Pluralismus fördert. Alle Kinder zum Besuch staatlich sanktionierter Schulen zu zwingen, ist ein sicherer Weg zum Uniformismus. In den deutschen Schulen wird ein einheitlicher Lehrplan von einheitlich ausgerichteten Lehrern in einheitlich organisierten und ausgestatteten Schulen gelehrt – so schafft man eine vereinheitlichte soziale Struktur innerhalb der Gesellschaft und gewiss keine pluralistische Demokratie. Im Gegenteil: Gerade indem die deutschen Kultusbehörden die freie Wahl der Bildung einschränken, säen sie erst die Saat für die Entstehung von Parallelgesellschaften und daraus resultierenden Konflikten!

Es ist absolut zu verstehen, dass Deutschland, wie jedes Land, ein berechtigtes Interesse daran hat, sich vor dem Entstehen von Parallelgesellschaften zu schützen, die alles in ihrer Macht stehende tun, um Rechte außer Kraft zu setzen, deren Schutz oberste Aufgabe der deutschen Regierung ist. Indes, in Verfolgung dieses Ziels und zum Schutz der Rechte aller darf Deutschland dieses Argument nicht heranziehen, um zu rechtfertigen, dass das Recht auf Bildungsfreiheit unterdrückt wird und Eltern daran gehindert werden, die beste Form der Bildung für ihre Kinder selbst zu bestimmen.

Es ist eine empirisch unbestreitbare Tatsache, dass Homeschooling keine Parallelgesellschaften entstehen lässt, und wenn Deutschlands politische Führung und diejenigen, die diese beeinflussen (die Medien und die akademische Elite), bereit wären, über ihren Tellerrand hinauszuschauen, dann würden sie dies auch erkennen. In Deutschlands Bemühen, Parallelgesellschaften zu verhindern, dürfen die grundlegenden, aus den Menschenrechten abgeleiteten Standards pluralistischer Freiheit nicht auf der Strecke bleiben. Das Konzept von pluralistischer Freiheit in freien Gesellschaften ist Kernstück der international anerkannten natürlichen Menschenrechte, demnach Menschen gewisse unveräußerliche Rechte besitzen, deren Schutz Aufgabe jeder Regierung ist.

Ein demokratischer Staat sollte seine Aufgabe nicht darin sehen, die Gesellschaft zu formen oder umzuformeln, sondern darin, die Rechte und Freiheiten der Menschen vor inneren und äußeren Bedrohungen zu schützen und für Gleichheit vor dem Gesetz zu sorgen. Allzu oft ist der Staat jedoch versucht, mehr als das zu tun. Und je weiter er sich von seiner eigentlichen Aufgabe entfernt, desto mehr droht er, die Gesellschaft zu bevormunden. Aber ist es das, was wir wollen? Ich sagte es bereits: Diejenigen, die an der Macht sind, neigen dazu, diese Macht auszunutzen, um die von ihnen als

ideal empfundene Ordnung einzuführen, anstatt es den Menschen selbst zu überlassen, ihre Angelegenheiten untereinander zu regeln, selbstverständlich unter Achtung des Eigentums, der Freiheit und der Unversehrtheit ihrer Mitmenschen.

Unglücklicherweise und nur allzu oft macht es sich der moderne Staat zur Aufgabe, die Gesellschaft nach seinen Vorstellungen zu umzuformen. Und dazu muss er die Erziehung und Bildung kontrollieren. Warum? Weil die Kinder von heute die Kultur von morgen sind. Sie übernehmen von Eltern und Lehrern automatisch die moralischen und sozialen Normen, die ihr späteres Erwachsenenleben bestimmen und so die Kultur und Gesellschaft von morgen prägen.

Als Hitler in den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts daran ging, die Gesellschaft in Deutschland gleichzuschalten, schaffte er die Hoheitsrechte der Länder ab, brachte die private und öffentliche Erziehung unter seine Kontrolle und verlangte unter Strafandrohung, dass alle Kinder eine staatlich kontrollierte Schule besuchten. Er wollte das neue Reich „niemand anderem überlassen“, sondern dieses Reich sollte sich selbst der Jugend annehmen und ihr eine entsprechende Erziehung und Bildung geben.

Uniformität ist gefährlich

Ein ausschließlich staatlich kontrolliertes Bildungssystem (ein Bildungsmonopol) mit dem Ziel, Kinder zu standardisieren und zu „integrieren“, ist der Feind des Pluralismus. Im Namen der Chancengleichheit unterdrückt ein solches System die Unterschiede zwischen einzelnen Gruppierungen – und gerade diese Unterschiede sind notwendig für den Pluralismus. Eine Nation, die auf einem so wichtigen Gebiet Uniformität verlangt, gibt die Prinzipien des Pluralismus und der individuellen Freiheit auf.

Alle Kinder in Deutschland lernen nach demselben vom Staat angeordneten Curriculum, verbringen den größten Teil ihrer Zeit in schulischen Einrichtungen zusammen mit Gleichaltrigen, wo sie sich den staatlich verfügbaren Anforderungen anzupassen haben. Das ist nichts anderes als Bildungs-Uniformität.

Der Aga Khan, Imam der Ismailiten, Stifter der weltweit größten privaten Entwicklungshilfe-Organisation und leidenschaftlicher Anwalt des globalen Pluralismus, sagte auf einem Kongress in Lissabon zum Thema: „Viel zu oft lässt Bildung die Schüler eher unflexibel werden, überzeugt bis an die Grenze zur Arroganz, dass sie auf alles eine Antwort wüssten – statt sie flexibel zu machen, empfänglich und lebenslang offen für neue Fragen und neue Antworten. Ein wichtiges Ziel qualifizierter Bildung ist es, jede neue Generation dazu zu befähigen, effektiv an dem teilzunehmen, was man den ‚großen Diskurs‘ (*great conversation*) der Gegenwart nennt.“

Unbestreitbar hat Homeschooling überall auf der Welt bewiesen, dass es genau dieses Ziel erreicht. Homeschooling überzeugt durch hochqualifizierte Ausbildungsergebnisse, durch Schüler, die zu gesellschaftlich aufgeschlossenen und freiheitlich sozialisierten, reifen und integrierten Menschen heranwachsen. Den Vergleich mit ihren Kameraden in öffentlichen und privaten Schulen brauchen sie in keiner Weise zu scheuen.

Die überwältigende Mehrheit der Homeschooling-Familien möchte ihre Kinder als produktive und integrierte Mitglieder der Gesellschaft aufwachsen sehen. Auch wenn sie die Erziehung und Bildung ihrer Kinder aus verschiedensten Gründen selbst in die Hand nehmen möchten, so wollen sie doch nur sehr selten ihre



Kinder von der übrigen Gesellschaft fernhalten oder isolieren. Das lässt sich anhand von empirischen Studien belegen. Homeschooling-Familien stellen sicher, dass die besonderen Werte der eigenen Kultur im Rahmen des Lernens zu Hause vermittelt werden. Das mögen nicht in jedem Fall dieselben Werte sein, die andere haben – aber genau das bedeutet Pluralismus.

Weil Menschenrechte nicht Gruppen, sondern dem einzelnen Individuum zuzurechnen sind, muss das Recht Einzelner und das Recht von Eltern, die Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, als fundamentales Menschenrecht geschützt werden. Wenn eine Gesellschaft den Schutz von Menschenrechten davon abhängig macht, dass sich das Individuum mit der größeren Gruppe identifiziert, dann werden Parallelgesellschaften gerade nicht verhindert, sondern begünstigt. Schützt aber die Gesellschaft die Rechte der Einzelnen, ohne dabei wesentliche individuelle oder familiäre Lebensstile zu nivellieren, dann fördert sie Pluralismus.

Die richtige Strategie finden

In den USA und in anderen Ländern haben Homeschooler als soziale Gruppe gezeigt, dass es eine große Bandbreite effektiver pädagogischer Herangehensweisen und Philosophien gibt, die unabhängig von Rasse, Ethnie, Einkommen, sozialer Klasse oder geografischer Herkunft nebeneinander bestehen können. Homeschooling-Kinder werden von Universitäten und Arbeitgebern gerade deshalb gerne genommen, weil ihnen der Ruf vorausgeht, dass sie sich nicht von anderen absondern, sondern sich gut integrieren können.

Deutschlands gegenwärtige Politik der Unterdrückung von Homeschooling veranlasst Familien dazu, dieses Land zu verlassen. Kein freiheitlicher Staat sollte Menschen vor die Alternative stellen, entweder ihre Heimat oder Homeschooling aufgeben zu müssen.

Was also ist zu tun? Ich kann mich nur auf meine persönlichen Erfahrungen und Gespräche mit deutschen Familien und mit Fachleuten von den Universitäten und aus der Rechtsprechung in Deutschland und anderen europäischen Ländern stützen. Zunächst einmal müssen wir davon ausgehen, dass kurzfristig die deutschen Gerichte das Menschenrecht auf freie

Bildungswahl für Ihre Kinder nicht anerkennen werden. Familien, die vom Staat angeklagt wurden, müssen verteidigt werden, und aus den Fällen, für die ein Urteil vorliegt, lassen sich wichtige Lehren ziehen und neue Argumente entwickeln. Indem diese Argumentation immer weiter verfeinert wird, lässt sich womöglich die Auffassungen der Richter in neuen Fällen und mit neuen Argumenten allmählich verändern.

Die amerikanischen Homeschooler z. B. mussten viele Male vor den Obersten Gerichtshof von Nord Dakota gehen, bis sie schließlich gewannen. Kreativität und Beharrlichkeit sind Voraussetzungen für den Erfolg ebenso wie rechtlicher Beistand für die Familien.

Andererseits gilt es, in Deutschland auch nach einer politischen Lösung zu suchen. Diese Art Lösung mag unterschiedlich aussehen, beispielsweise, indem in den Bundesländern, die schon Ausnahmen von der Schulpflicht machen, diese einer klaren gesetzlichen Regelung zugeführt werden. Vielleicht findet man in dem einen oder anderen Bundesland einige Verantwortliche in Schlüsselpositionen, mit deren Hilfe der Veränderungsprozess ins Rollen gebracht werden könnte.

Oder aber es könnte gezielt ein spezielles Homeschooling-Gesetz verabschiedet werden. So geschah es im Lauf von über 20 Jahren in den USA in einem Staat nach dem anderen. In Deutschland mag sich das als schwierig erweisen. Aber ich kann Ihnen sagen, dass Sie mit Beharrlichkeit und Überzeugungskraft erfolgreich sein werden. Politiker sind in Amerika vielleicht ein bisschen anders gestrickt, aber Politiker sind Politiker. Und wenn Sie sie beeinflussen wollen, dann müssen Sie deren Sprache sprechen. Sie müssen herausfinden, womit sie beeinflussbar sind, und Ihre Botschaft so formulieren, dass man Sie versteht und Ihnen zustimmt.

Eine andere politische Herangehensweise könnte die kreative Auslegung bestehender Gesetze sein. In Kalifornien z. B., dem bevölkerungsreichsten Staat Amerikas, wird die Bezeichnung Homeschooling überhaupt nicht verwendet. Technisch gesehen ist Homeschooling dort illegal, aber es wird dennoch von mehr als 100 000 Kaliforniern im Rahmen des Privatschulgesetzes praktiziert.

Damit von diesen Herangehensweisen auch einige Erfolg haben, müssen viele Leute ihre Anstrengungen bündeln. Die Anzahl Homeschooler in Deutschland ist noch klein, so dass Hilfe aus anderen Ländern wichtig sein wird. Ebenso wichtig ist die Kooperation mit Hochschullehrern, die Bildungsfreiheit in Deutschland befürworten. Um eine politische Lösung zu erreichen, bedarf es des Einflusses von Professoren, Politikern und Medien. Um Gesetze zu ändern, muss die öffentliche Meinung über die Medien beeinflusst und verändert werden.

Heute können wir beweisen, dass Homeschooling funktioniert. Es liegen aus nahezu allen Ländern der Erde überwältigende empirische Untersuchungsergebnisse vor, die das belegen – nun geht es darum, diese Informationen in die Köpfe derer in Deutschland zu bekommen, die hier maßgeblichen Einfluss haben.

Ich hoffe, dass ich mit dieser Darstellung den engagierten Homeschoolern in Deutschland Mut machen kann. Sie führen einen wichtigen Kampf: für die fundamentalen Menschenrechte und im umfassendsten Sinn für das Wohl Ihrer Kinder. ♦

Michael P. Donnelly ist Rechtsanwalt und lebt in Purcellville, Virginia, USA. Er ist Mitglied der Home School Legal Defense Association (HSLDA). Der Beitrag ist die Übersetzung eines Vortrags anlässlich des 2. Internationalen Kolloquiums für Home Education, das vom 27. bis 29. April 2007 in Burg Rothenfels am Main stattfand. Kontakt: miked@hsllda.org